

Bolz, Klaus

Article — Digitized Version

Ein internationales Hilfekonzept für Rußland tut not!

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bolz, Klaus (1995) : Ein internationales Hilfekonzept für Rußland tut not!,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 75, Iss. 3, pp. 114-115

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137216>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ein internationales Hiifekonzept für Rußland tut not!



Klaus Bolz

Vor genau einem Jahr rang die Regierung der Russischen Föderation mit dem Internationalen Währungsfonds um die Auszahlung der zweiten Tranche in Höhe von 1,5 Mrd. US-Dollar eines bereits zugesagten Stand-by-Kredits. Da die schwierige Situation in der russischen Wirtschaft die Einhaltung der vom IWF eingeforderten wirtschaftspolitischen Zielvorgaben als äußerst zweifelhaft erscheinen ließ, wurden die Verhandlungen seinerzeit unterbrochen. Die Überraschung war dann perfekt, als nach weiteren kurzen Verhandlungen am 23. März 1994 der Geschäftsführende Direktor des Währungsfonds Camdessus der Auszahlung des Kredits zustimmte. Nicht neue Erkenntnisse über tatsächliche Entwicklungen hatten den Sinneswandel herbeigeführt, sondern allein das Versprechen der russischen Regierung, dafür Sorge zu tragen, daß für 1994 ein solides Budget vorgelegt und die monatliche Inflationsrate bis Ende 1994 auf 7% gesenkt würde.

In den letzten Monaten wurde über einen neuen Stand-by-Kredit verhandelt. Dieses Mal ging es bereits um 6,4 Mrd. Dollar. Aufgrund der in eingehenden Untersuchungen gewonnenen Erkenntnisse über den Zustand der russischen Wirtschaft – aber wohl auch wegen des brutalen Krieges in Tschetschenien – hatte der Fonds zunächst die Auszahlung hinausgezögert. Anfang Februar hatte er sogar die Verhandlungen unterbrochen. Es war nicht zu übersehen, daß das aktuelle „Spiel“ zwischen dem Fonds und der Russischen Föderation einerseits und die ökonomischen Rahmenbedingungen in diesem Lande andererseits viele Ähnlichkeiten mit dem Geschehen vor einem Jahr aufweisen. Aber es gibt auch Unterschiede.

Wie stellt sich die aktuelle wirtschaftliche Situation in der Russischen Föderation dar? Die im Spätsommer 1994 aufkeimende Hoffnung einer sich anbahnenden wirtschaftlichen Stabilisierung in Rußland, die auf die Entwicklung einiger Monatsdaten über Preise, Ersparnisse, Kreditvergabe für investive Zwecke und Industrieproduktion zurückzuführen war, hat sich wohl kaum erfüllt. Das Bruttoinlandsprodukt ist im Jahre 1994 um rund 15% (1993: 12%) gesunken. Die Industrieproduktion erreichte im Jahre 1994 mit rund 21 % den stärksten Rückgang (1993: 16 %) seit dem Anlaufen der Reformen im Jahre 1992. Im Verlauf des Jahres 1994 hat sich die Industrieproduktion allerdings stabilisiert. Dennoch scheint mit Blick auf die 1994 um rund 25% drastisch gefallenen Investitionen und die noch zu bewältigende Umstrukturierung in der Industrie eine positive Prognose für die Industrieproduktion gewagt.

Die Geldentwertung hielt sich nicht in dem gegenüber dem IWF versprochenen Rahmen. Trotz der Antiinflationpolitik Ende 1993/Anfang 1994 und gewisser Erfolge bis zum Sommer 1994 begannen im September 1994 die Verbraucherpreise erneut monatlich mit zweistelligen Raten zu steigen. Aufs Jahr gerechnet dürften sich die Preise um etwa 240% erhöht haben (1993: 900%). Diese hohe Inflationsrate ist die direkte Folge der bereits seit Mai 1994 erneut in einem größeren Umfang vergebenen billigen Kredite. Nach einer Teuerungsrate von 17,8% im Januar 1995 betrug die Inflationsrate im Februar „nur“ noch 11%. Hieraus darf aber keinesfalls schon eine positive Tendenz für das gesamte Jahr 1995 abgeleitet werden.

Die für die russische Regierung und das Parlament unerwartet ungünstige Entwicklung der Wirtschaft führte auf der Einnahmenseite zu einer starken Belastung des föderalen Staatshaushaltes im Jahre 1994. Obwohl laut Budgetgesetz und den Forderungen des IWF das Haushaltsdefizit nicht über 10% des BIP liegen sollte, dürfte es auf das ganze Jahr 1994 gerechnet 12% und mehr betragen haben. Damit wurde der föderale Haushalt zu einem zentralen Problem für die Geldwertstabilität, wurde doch die hohe Deckungslücke vor allem durch zusätzliche Zentralbankkredite finanziert. Vor diesem Hintergrund war es nicht verwunderlich, daß bei der aktuellen Kreditentscheidung des IWF die Einnahmen- und Ausgabenstruktur des Haushaltsentwurfs der Regierung für 1995 sowie die Höhe und die Finanzierung des Defizits die zentrale Rolle spielten.

Seit Ende Februar versuchte die russische Regierung durch Stellungnahmen im In- und Ausland den Eindruck zu erwecken, daß die Bedingungen des IWF insbesondere hinsichtlich des Staatshaushaltes 1995 bis ins letzte Detail erfüllt wären. In der Tat hatte die Staatsduma den mehrfach überarbeiteten Regierungsentwurf für den Haushalt 1995 in der dritten Lesung am 24. Februar mit großer Mehrheit angenommen. Einem Ausgabenansatz in Höhe von 248 Billionen Rubel (davon rund 20 % allein für die Armee) stehen geplante Einnahmen von 175 Billionen Rubel und ein Defizit von 73 Billionen Rubel (16,5 Mrd. Dollar) gegenüber, das rund 8% des BIP nicht übersteigen soll.

Obwohl es insbesondere bei den Experten des IWF viele Zweifel an der Solidität des vorgelegten Budgets gab und auch die Erklärungen der russischen Regierung zur Durchführung bestimmter wirtschaftspolitischer Maßnahmen nicht mehr waren als vage politische Versprechungen, hat Camdessus sich wahrscheinlich doch durch die jüngsten stabilitätsorientierten Maßnahmen des russischen Präsidenten Jelzin beeindrucken lassen: So hat Präsident Jelzin die von der Duma beschlossene Mindestlohnerhöhung per Dekret gestoppt. Er kann nun darauf verweisen, daß die nicht vorgenommene Verdreifachung des Mindestlohns die Ausgabenseite des Haushalts um weitere rund 160 Billionen Rubel entlastet hat. Ein weiteres Dekret macht bereits zugesagte Steuer- und Zollbefreiungen rückgängig. Weiterhin hat er die russische Regierung beauftragt, die Politik der Preisfreigabe strikt fortzuführen. Auch die schon zum Jahreswechsel von Tschernomyrdin verfügte Aufhebung der Exportquoten bei der Ölausfuhr dürfte der IWF als Pluspunkt gewertet haben.

Dennoch ist zu konstatieren, daß der Fonds, der vor einem Jahr die Auszahlung des Kredits auf der Basis russischer Versprechen im wesentlichen noch freiwillig verfügt hat, in diesem Jahr von vornherein unter einem massiven politischen Zwang zu stehen schien, auch wider besseres Wissen hinsichtlich der ökonomischen Situation und der Entwicklungstendenzen in Rußland die Auszahlung des Kredits genehmigen zu müssen. Die am 10. März getroffene Übereinkunft über die Kreditgewährung bestätigt diese Befürchtung. Damit droht der Fonds immer mehr in eine Verantwortung hineinzugleiten, die er von seiner eigentlichen Aufgabenstellung her nicht tragen kann und für die er kein politisches Mandat hat. Wenn der Fonds sich auch im Falle Rußlands nicht bald auf seine eigentlichen Aufgaben und Spielregeln besinnt, droht ihm im übrigen jegliche währungspolitische Autorität abhanden zu kommen.

Der auf dem IWF lastende Druck ist deshalb so groß gewesen, weil der von ihm erwartete Beistandskredit bereits fest in den russischen Haushaltsvoranschlag eingeplant war. Dem Fonds wäre also im Falle der Nichtgewährung des Kredits die Verantwortung für ein abermaliges Scheitern der russischen Stabilitätspolitik und einen Finanzkollaps sowie für das Ausbleiben weiterer Kredite der Weltbank und anderer Stellen aufgebürdet worden. Unter den gegebenen Umständen muß sich der Fonds zur Gewährung des Kredits geradezu genötigt gefühlt haben, gab es doch von russischer Seite – so unter anderem von Wirtschaftsminister Jasin – bereits entsprechende quasi vorweggenommene Schuldzuweisungen an den Fonds.

Der Prozeß, den Fonds für letztlich aufgabenwidrige Kreditprogramme für Rußland zu benutzen, muß jedoch gestoppt werden. Wenn die wirtschaftlich potenten Länder wie die USA, Deutschland, Frankreich, Japan und einige andere den Reformprozeß und die Gesundung der russischen Wirtschaft wirklich wollen, dann müssen sich diese einigen, um ein mittelfristiges Hilfekonzert für den wirtschaftlich kranken und politisch instabilen Riesen Rußland zu entwickeln und zu finanzieren. Ein derartiges Konzept könnte im Grundsatz an das Modell des Marshallplans anknüpfen.